

Welche Streitkräfte braucht Deutschland?

Autor(en): **Jonas, Rainer**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **73 (1998)**

Heft 1

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-714220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Welche Streitkräfte braucht Deutschland?

Von Oberst i GSt aD Rainer Jonas, Deutschland

Wehrpflicht im Kreuzfeuer

Innen- und aussenpolitische Entwicklungen haben die Diskussion um die allgemeine Wehrpflicht in der Bundesrepublik Deutschland neu entfacht:

– die Zahl der Wehrdienstverweigerer stabilisiert sich auf hohem Niveau

– die NATO-Öffnung nach Osten und die Konsequenzen aus der deutschen Vereinigung schaffen eine grundlegend veränderte sicherheitspolitische Lage

– Entscheidungen zugunsten einer Freiwilligenarmee bei europäischen Verbündeten, vor allem Frankreich, lassen die Stimmen nach Abschaffung der Wehrpflicht lauter werden.

Zur rechtlichen Einordnung: Die Wehrpflicht hat Verfassungsrang. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland schreibt keine bestimmte Wehrform vor. Die im Artikel 12a des Grundgesetzes verankerte Wehrpflicht stellt die im Artikel 87a geforderte Verteidigung sicher. Nach dem Wehrpflichtgesetz aus dem Jahre 1956 ist jeder junge Mann gehalten, seinen Grundwehrdienst von zurzeit 10 Monaten in der Bundeswehr abzuleisten.

Die Wehrpflicht betrifft vor allem die Landstreitkräfte: 81% der Wehrpflichtigen dienen beim Heer, 14% bei der Luftwaffe und nur 5% bei der Marine. Dabei spielt auch eine Rolle, dass für raumdeckende Aufgaben wie Überwachung und Sicherung auch im «High-Tech-Zeitalter» weiterhin «Man Power» – eine auftragsbezogene Mindeststärke an Soldaten – im Gelände erforderlich ist. Eine Truppe aus Freiwilligen deckt dabei keinen grösseren Raum als vergleichbare Kräfte aus Wehrpflichtigen.

«Man Power» war auch gefragt, als 30 000 Soldaten aus ganz Deutschland bei der Hochwasserkatastrophe an der Oder im Sommer 1997 eingesetzt wurden.

Zu denken gibt die Oberflächlichkeit, mit der die Diskussion um Wehrpflicht- oder Freiwilligenstreitkräfte häufig geführt wird. Nicht die *Gesamtschau aller Einflussgrössen*, sondern partikuläre Interessen dominieren. Tatsächlich sind viele Faktoren in Einklang zu bringen:

Militärische Effizienz und Wehrgerechtigkeit, politischer Konsens über ein neuartiges Krisen- und Einsatzspektrum der Bundeswehr und die jeweilige Finanzlage, die Normen des Grundgesetzes für den Dienst an der Gesellschaft und individuelle Wehrhaltungen junger Männer zur Akzeptanz militärischer Tugenden.

Die Verantwortung in der Mitte Europas

Multinationale Strukturen in der Armee der Einheit

Europa steht seit 1990 vor einer völlig neuen sicherheitspolitischen Lage, von der vor allem Deutschland profitierte. Gleichzeitig bürdete sie ihm neue Lasten auf. Zum erstenmal in der Geschichte hat es nur Freunde und Verbündete als Nachbarn. Die NATO-Erweiterung

um die drei mittelosteuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Ungarn ist eingeleitet. Sie wird von der Mehrheit der Deutschen befürwortet, wie eine Emnid-Umfrage im Juli 1997 unterstrich.

In der Mitte Europas gelegen, hat Deutschland seine Streitkräfte in multinationalen Strukturen eingebunden wie kein anderer Verbündeter: Mit dem ehemaligen Warschauer-Pakt-Staat Polen und dem NATO-Verbündeten Dänemark wird ein Heereskorps mit trilateralem Stab in Stettin/Polen an der Mündung der Oder in die Ostsee gebildet. Die Führungssprache im Korpsstab ist Englisch. Die drei Nationen stellen Truppen in Grössenordnung von je einer Division.

Damit sind künftig alle deutschen Landstreitkräfte multinationalen Korpskommandos unterstellt: Dem Deutsch-Dänisch-Polnischen Korps, dem Eurokorps in Strassburg mit Frankreich und weiteren Verbündeten, dem Deutsch-Niederländischen Korps in Münster/Westfalen und dem Deutsch-Amerikanischen Korps in Ulm/Donau. Dass Deutschland auf die neue sicherheitspolitische Lage schneller reagierte als viele seiner Nachbarstaaten, ist auf die völkerrechtlichen Verträge zur Vollendung der Einheit zurückzuführen. Sie veranlassten Deutschland schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt, Umfang und Struktur der Streitkräfte der neuen Lage anzupassen.

Die Konsequenzen waren im wesentlichen: Die Reduzierung von 580 000 Soldaten im Jahr 1990 auf heute 340 000 mit der Aufgabe von 6 Divisionen allein im Heer. Parallel dazu liefen die Auflösung der Nationalen Volksarmee (NVA) nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und der Aufbau der Bundeswehr in den neuen Bundesländern. Weniger als die Hälfte der 25 000 Bewerber aus der DDR, noch 90 000 Soldaten zählenden NVA wurde in die Bundeswehr übernommen und auf die Bundesrepublik Deutschland vereidigt: 3027 Offiziere, 7639 Unteroffiziere und 207 Mannschaften.

Geostrategische Lage und Risiken

Die europäische Sicherheitslage hat sich zwar grundlegend verbessert. Dennoch sind künftige Entwicklungen nicht vorhersehbar. Im östlichen Europa und in den vormaligen Sowjetrepubliken könnten gefährliche Vakuen entstehen, stellte kürzlich der Bundesminister des Auswärtigen Dr. Kinkel in einer renommierten Sonntagszeitung fest. An die Stelle der Gefahr eines grossen Krieges sind eine Vielzahl von Risikofaktoren anderer Art getreten. Ihnen begegnen zu können, macht die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr über ihren Friedensumfang hinaus notwendig.

Die geostrategische Lage bürdet Deutschland die Last der zentralen Landmacht in Europa auf. Sie erlaubt den westeuropäischen Partnern, die zu Berufsarmeen übergehen, ggf. hinter dem strategischen Glacis Deutschland «Deckung» zu suchen.

Die durch Europa führenden Interkontinentalachsen treffen sich hier – vom kontinenta-

len Osten und Südosten zum atlantischen Westen, vom mediterranen Süden zum skandinavischen Norden – im «Schlüsselgelände» des europäischen Subkontinents.

Das rechte Mass

Als entscheidende Voraussetzung staatlicher Souveränität gilt die Fähigkeit zur Landesverteidigung – unabhängig von der aktuellen Lage. Die Wehrpflicht wird vor allem durch die Landesverteidigung legitimiert. Angesichts drängender aktueller Aufgaben in der Bündnisverteidigung ausserhalb Deutschlands mit internationalen Kriseneinsätzen mag die Landesverteidigung derzeit in den Hintergrund treten. Als Fähigkeit ist sie dennoch zu erhalten. Für die deutschen Streitkräfte bleiben *Landes- und Bündnisverteidigung* auch in Zukunft Kernaufgaben – allerdings mit weniger Kräften in einem grösseren Raum. In Friedenszeiten reicht die jetzige Stärke – auch bei einer Bevölkerung von 82 Millionen – als grundsätzliche Sicherheitsvorsorge aus. In einer Krise wird die Aufwuchsfähigkeit unverzichtbar.

Der künftige Verteidigungsumfang in doppelter Friedensstärke ist operativ angemessen, für absehbare Zeit aber auch ausreichend. Vor 1990 betrug er für die damals kleinere Bundesrepublik 1,3 Millionen Mann.

Ein Verteidigungsumfang von 680 000 Soldaten ist nur mit der Wehrpflicht zu erreichen; denn sie allein garantiert die notwendige Zahl ausgebildeter Reservisten. Mit diesem Kontingent stellt die Bundesrepublik die Hauptkräfte für die Verteidigung Zentraleuropas. Deutschland praktiziert damit aktive Bündnisloyalität, die es 40 Jahre lang zuvor selbst erfahren hatte. Dieser Beitrag bestimmt sein Gewicht im Bündnis. Schafft Deutschland die Wehrpflicht zugunsten einer Berufsarmee mit nahezu identischem Friedens- und Verteidigungsumfang ab, ist der aussenpolitische Gewichtsverlust erheblich, weil die Risikoversorge für Deutschland und das Bündnis als Ganzes in Frage gestellt wird. Hier liegt die *politische* und *strategische* Begründung für die Wehrpflicht.

Mit dem neuen Umfang seiner Streitkräfte musste Deutschland das rechte Mass für seinen Beitrag zu einem stabilen Kräfteedispositiv in Zentraleuropa finden: Ein Zuwenig provoziert bei den Nachbarn den Vorwurf des «Trittbrettfahrers», ein Zuviel den des Vormachtstrebens.

Frankreichs Entscheid

Die französische Entscheidung für Freiwilligenstreitkräfte kann deshalb keinen Modellcharakter für Deutschland haben, weil die künftige Streitkräftestruktur einer Interventionsarmee für weltweite Einsätze und Balance entspricht. Frankreich versteht sich «weder als Akteur unter anderen noch als Mittelmacht, sondern als eine von sieben oder acht Mächten mit Einfluss in der Welt», wie Aussenminister Védrine in seiner Ansprache vor 169 französischen Botschaftern im August 1997 unterstrich.



Die präsentierende Armee



Die schützende Armee



Die helfende Armee



Die kämpfende Armee

Im übrigen hat Deutschland das «Ab-specken» der Streitkräfte in zwei strapaziösen Strukturformen schon hinter sich. Frankreichs Reformprozess steht noch bevor.

Kriseneinsätze und Landesverteidigung brauchen eine differenzierte Struktur

Deutschland muss als wirtschaftliche Spitzenmacht in Europa bereit sein, einen angemessenen Beitrag für die Konfliktverhütung

und Krisenbewältigung im Rahmen der NATO, der WEU und der Vereinten Nationen zu leisten.

Dazu werden gegenwärtig Teile des Friedensumfangs der Bundeswehr in einer Stärke von rund 50 000 Mann zu *Krisenreaktionskräften (KRK)* umgestaltet.

Zu ihren Aufgaben gehören auch Evakuierungen mit einer Kommandotruppe, dem etwa 1000 Mann starken Kommando Spezialkräfte/KSK (Luftlandtruppen) und humanitäre Einsätze (Sanitätstruppe, Pioniere u. a.). Eine Schutzkomponente mit Panzeraufklärern und anderen gepanzerten Kampftruppen sowie Infanterie sorgt für Durchsetzbarkeit.

Zu den KRK wird auch eine Luftmechanisierte Brigade gehören. Sie fasst erstmals die Komponenten Panzerabwehr aus der Luft und Lufttransport zusammen und wird auch die Landesverteidigung nachhaltig verstärken. Flexibilität und Tempo in der dritten Dimension sind vor allem massgeschneidert für rasche humanitäre Einsätze und internationale Friedensmissionen im Bündnis.

Das differenzierte Aufgabenspektrum für *Hauptverteidigungskräfte (HVK)* in der Landes- und Bündnisverteidigung einerseits und *KRK* mit Auslandsaufträgen in Konfliktgebieten andererseits schlägt sich auch in einer *differenzierten Ausgestaltung der Wehrpflicht* seit Anfang 1996 nieder:

Der Grundwehrdienst ist auf 10 Monate verkürzt – aus militärischer Sicht die unterste Grenze! Daran schliesst sich eine sogenannte «Verfügungsbereitschaft» von zwei Monaten an, in der die vormals Grundwehrdienstleistenden im Bedarfsfall zum Dienst durch Regierungsbeschluss herangezogen werden können.

Um den knappen Grundwehrdienst zu kompensieren und den Wehrpflichtigen Flexibilität in ihrer Lebensplanung zu ermöglichen, können diese bei einer höheren finanziellen Vergütung freiwillig länger, und zwar bis maximal 23 Monate, im Status eines Wehrpflichtigen dienen. Dieses Angebot wird gut angenommen. Die 20 000 Stellen sind besetzt, qualifizierte Bewerber müssen bereits abgelehnt werden.

Die zehn Monate «normalen» Grundwehrdienst leistenden Soldaten erhalten ihre volle Einsatzbereitschaft für die Landesverteidigung erst als Reservisten während der Mo-

bilmachung – wobei man von einer langen Warnzeit ausgeht. Ein Krisenprogramm von zirka 16wöchiger Dauer vermittelt jene Ausbildungsziele, die in zehn Monaten Grundwehrdienst nicht erreicht werden können.

Vor einer weiteren Kürzung der Wehrpflicht ist eindringlich zu warnen. Mit der hier skizzierten Lösung sind alle realistischen Möglichkeiten in der jetzigen Struktur ausgereizt. Bei einer nochmaligen Kürzung könnte kein Grundwehrdienstleistender mehr eine echte Funktion in den Streitkräften übernehmen. Die Hauptverteidigungskräfte (HVK) würden zur reinen Ausbildungsorganisation degenerieren.

Einer weiteren Annahme ist gleichfalls entgegenzutreten:

Man könnte die *Wehrpflicht im Frieden* ruhen lassen, um sie im Ernstfall wieder zu aktivieren. Wer weiss wirklich, wann die politische Entscheidung fällt?

Von diesem Zeitpunkt bis zum ersten feldverwendungsfähigen Wehrpflichtigen vergehen mindestens 18 Monate, wahrscheinlich aber zwei Jahre, schätzt der ehemalige Inspekteur des Heeres und Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte, General Hansen.

Da von den voll präsenten *KRK* schon im Frieden eine hohe Professionalität bei den Auslandseinsätzen verlangt wird, bestehen sie zu 70% aus Zeit- und Berufssoldaten. Die 30 Prozent Wehrpflichtigen in den *KRK* erklären sich bei Dienstantritt bereit, für alle Auslandsaufträge zur Verfügung zu stehen und mindestens ein Jahr zu dienen.

An geeigneten Bewerbern fehlt es nicht: Die Zahl freiwillig länger dienender Wehrpflichtiger, die sich für den Bosnien-Einsatz gemeldet haben, war wesentlich höher als der Bedarf. Die Vorgesetzten der im Konvoischutz besonders geforderten Panzeraufklärungseinheiten des deutschen Kontingents, ausgerüstet mit Spähpanzern Luchs und Transportpanzern Fuchs, bescheinigen den jungen Männern eine hohe Leistungsbereitschaft.

Vier Jahrzehnte Wehrpflicht

Positive Signale aus der Bevölkerung und Wehrdienstverweigerung

Am 200. Geburtstag des preussischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst (1755 bis 1813), dem 12. November 1955, schlug die Geburtsstunde der Bundeswehr.

Unverändert gelte – so Verteidigungsminister Rühle bei einem feierlichen Gelöbnis von Rekruten am Geburtsort des preussischen Heeresreformers – dessen Idee als Leitbild für die Streitkräfte.

Scharnhorst: «Alle Bewohner des Staates sind die geborenen Verteidiger desselben», damit das Militär «mit den Bürgern des Staates in ein näheres und inniges Bündnis tritt». Zehn Millionen Bürger haben bis heute in der Bundeswehr gedient, über eine Viertelmillion aus den fünf neuen Bundesländern und der Katastropheneinsatz beim Hochwasser an der Oder haben das Zusammengehörigkeitsgefühl der Truppe aus Ost und West und ihr Ansehen in der Bevölkerung gestärkt.

Den Hochwassereinsatz mit einem grossen Anteil Grundwehrdienstleistender koordinierte der Kommandeur der 14. Panzergrenadierdivision (Neubrandenburg) von seinem Gefechtsstand in Frankfurt/Oder. Erstmals nach der Vereinigung wurde die zivil-militärische Zusammenarbeit in grossem Massstab praktiziert.

Selten wurde über eine Armee so viel Gutes gesprochen und ihr so viel Vertrauen entgegengebracht wie heute: Unter den besonders vertrauenswürdigen Institutionen liegt die Bundeswehr unter den ersten drei. Die Zustimmung der Bevölkerung zu ihren Streitkräften liegt bei 80%. Allerdings: Wo viel Licht ist, da ist auch Schatten.

Wehrdienstverweigerung

Die Anzahl der *Wehrdienstverweigerer* stabilisierte sich seit Anfang der neunziger Jahre auf hohem Niveau und erreichte Ende 1995 mit 161 000 Antragstellern eine Rekordhöhe. 1996 war nur ein leichter Rückgang zu verzeichnen, der sich 1997 fortsetzt.

Gleichwohl haben sich 61% der Deutschen für ein Beibehalten der Wehrpflicht ausgesprochen, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts dimap im 2. Halbjahr 1997 ergab. Gegenwärtig herrscht eine paradoxe Situation: Das Interesse an Verteidigungsfragen steigt und die Akzeptanz der Bundeswehr ist hoch – während der Wille der Betroffenen, persönlich ihren Beitrag zu leisten, eher gering ist.

Im Rechtsverständnis vieler Betroffener gilt die Auffassung, zwischen Wehrdienst und Zivildienst frei wählen zu können.

Tatsächlich ist der in Artikel 12a Grundgesetz genannte zivile Ersatzdienst Wehrpflichtigen vorbehalten, die den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigern. Damit leitet sich der Zivildienst erst aus dem Wehrdienst ab. Während Grundwehrdienstleistende einer staatsbürgerlichen Pflicht nachkommen, nehmen Zivildienstleistende ein individuelles Recht in Anspruch.

Dem Zivildienst einen höheren moralischen Stellenwert beizumessen, ist mit Blick auf die Tätigkeitsfelder nicht nachvollziehbar: Nur 6% der Zivildienstleistenden arbeiten in der anspruchsvollen Schwerstbehindertenbetreuung – während 13% handwerkliche Tätigkeiten ausüben, 12% in mobilen Hilfsdiensten sowie 5% im Umweltschutz arbeiten. 49% leisten allgemeine Betreuungs- und Pflegedienste. 5% üben Versorgungstätigkeiten aus. 6% unterstützen Krankentransporte und Rettungswesen. Als Sonstige verbleiben 4%. Was veranlasst die jungen Männer, zu knapp einem Drittel – aufs Jahr bezogen –, den Wehrdienst zu verweigern (32%)?

Als Kinder unserer Zeit werden sie von eher pragmatischen Überlegungen geleitet. Viele wägen Vor- und Nachteile ab und schützen Gewissensgründe vor, ohne selbst ernsthaft daran zu glauben. Sie müssen diese auch nicht unter Beweis stellen.

Der Zivildienst ist aus dem Blickwinkel der persönlichen Bequemlichkeit die bequemere und finanziell vorteilhaftere Lösung. Die Unterschiede zwischen Wehrdienst und zivilem Ersatzdienst machen die «Wahl» verständlich: Der Einsatzort des Zivildienstleistenden liegt überwiegend in Heimat-, oft in Wohnortnähe. Er kann sich Art und Ort des Dienstes in der Regel selbst aussuchen. Der Ersatzdienst kennt keine Uniformpflicht, Kasernierung oder strapaziöse Nacht- und Geländeübungen mit hoher zeitlicher Belastung.

De facto verfügt der Zivildienstleistende über mehr Geld als der Rekrut: Beide erhalten zwar das gleiche Entgelt; durch Kleider-, Verpflegungs-, Reinigungs- und ggf. Trinkgeld kann nur der Zivildienstleistende seine Einkünfte deutlich erhöhen.

Stellt der Zivildienst die vom Grundgesetz geforderten *Gewissensgründe* konsequent auf den Prüfstand? Wo liegen die Gefahren für das bewährte «Modell Wehrpflicht»? Hier setzt die Verantwortung der Politik ein:

«Die Gefahren liegen nicht in den rationalen Gegenargumenten, sondern in der schleichenden Aushöhlung des Systems in der politischen und administrativen Praxis», stellte der ehemalige Generalinspekteur, Admiral Wellershoff, fest.

Ob die positiven Signale aus der Bevölkerung bereits das Ende der Meinungsführerschaft von Wehrdienstverweigerern vor allem an den Schulen bedeuten, wird sich am Jahresende erweisen. Dass der frühere IFOR- und heutige SFOR-Einsatz der Krisenreaktionskräfte in Bosnien nicht zu neuen Kampfhandlungen führte, sondern den Friedensprozess unterstützte, bleibt gewiss nicht ohne Wirkung.

Kosten und qualifizierter Nachwuchs

Die Ausgaben für Personal würden bei einer Berufsarmee in gleicher Stärke der heutigen Bundeswehr um rund fünf Milliarden Mark steigen, stellte das Auswärtige Amt in einer Studie fest. Eine Lösung mit einem derartigen Finanzaufwand ist abwegig.

Das deutsche Heer gewinnt etwa 60% seiner länger dienenden Unteroffiziere und rund 50% der Offizieranwärter aus Grundwehrdienstleistenden, die sich erst in den Streitkräften für einen längeren Dienst entscheiden. Selbst ein Attraktivitätsprogramm in Milliardenhöhe könnte die Konkurrenzfähigkeit einer Berufsarmee mit dem zivilen Arbeitsmarkt nicht garantieren.

Die Wehrpflichtarmee ist weitgehend konjunkturabhängig.

Genau betrachtet hat Deutschland als Wehrstruktur ein Mischsystem, das auch aus Kostengründen sinnvoll ist. Da die Bundeswehr im Frieden nur knapp zur Hälfte aus Grundwehrdienstleistenden besteht, sich aber bei Mobilmachung voll auf sie abstützt, ist sie eine Kombination der klassischen Wehrstrukturen in abgestufter Präsenz mit Wehrpflichtigen-, Freiwilligen- und Milizkomponenten.

Die «intelligenter» und integrierte Armee

Wehrpflichtige repräsentieren das ganze Spektrum an Bildung, Ausbildung und Fertigkeiten der Bevölkerung. Nur die Wehrpflicht schafft die Möglichkeit, das Potential an Intelligenz, Fähigkeiten und beruflicher Ausbildung der jungen Bürger auszuschöpfen.

Nur Wehrpflichtigen-Streitkräfte haben die Chance, vom anerkannt hohen Standard des beruflichen und schulischen Ausbildungssystems zu profitieren. Eine Abkehr von dieser Wehrform hätte erhebliche qualitative Einbrüche zur Folge. Wehrpflichtige sorgen für eine «intelligenter» und vitalere Armee.

An die Vorgesetzten in einer Wehrpflichtarmee, vor allem im Heer, das über 80% der Wehrpflichtigen aufnimmt, sind besondere Ansprüche zu stellen: Sie müssen sich ständig mit der jungen Generation auseinandersetzen und sie überzeugen. Geistige Vitalität ist gefragt. Kommissbetrieb und «W 10» – das verträgt sich nicht. Trotz Kürzung des Grundwehrdienstes ist das Ausbildungsziel, die Hauptfunktion im Team zu beherrschen. Damit sind auch unkonventionelle Wege vorgezeichnet, die auf den individuellen Fähigkeiten der Wehrpflichtigen aufbauen.

Von der Wehrpflichtarmee geht eine doppelte Wirkung aus: Sie lässt keine Söldnermentalität im Innern aufkommen und beugt nach aussen einer Tendenz vor, als «Vollkasko-Gesellschaft ohne Selbstbeteiligung» die Armee zur reinen Dienstleistungsgesellschaft für Verteidigung zu degradieren.

Exportartikel Wehrpflicht

Das Modell der Bundeswehr, junge Staatsbürger in die Pflicht zu nehmen, hat in den neuen osteuropäischen Demokratien besondere Beachtung gefunden. Zeitgemässe soldatische Menschenführung in einer Wehrpflichtarmee hat sich zu einem «Exportartikel» entwickelt, nachdem deutlich wurde, dass dieses Führungsprinzip keinesfalls Befehl und Gehorsam in Frage stellt. Offiziere Mittelosteuropas besuchen Truppschulen und die Führungsakademie der Bundeswehr. Dabei profitieren sie von dem 40jährigen «Know-how» im Umgang mit Wehrpflichtigen in demokratisch legitimierten Streitkräften. Als künftige Angehörige multinationaler Stäbe setzen sie sich mit dem Geheimnis der Auftragstaktik als weiteres übergeordnetes Führungsprinzip im deutschen Heer auseinander.

Die Idee der 40jährigen Wehrpflicht «deutscher Bauart» ist immer noch so zündend, dass sie als Vorbild für die Streitkräftereformen in diesen Ländern dient. Damit trägt Deutschland zu einem Transfer an Stabilität gegenüber seinen östlichen Nachbarn bei.

Zusammenfassung

Solange man an der Wehrpflicht festhält, ist die Hemmschwelle im Parlament für Auslandseinsätze der Bundeswehr sehr hoch. Die Entscheidung erzwingt einen Konsens über parteipolitische Grenzen hinweg, wie er beim IFOR-/SFOR-Einsatz beispielhaft zustande kam.

Sicherheitspolitische, militärische und gesellschaftspolitische Gründe sprechen für die Wehrpflicht. Vor allem die geostrategische Lage als zentrale Landmacht gibt Deutschland nach der Vereinigung eine Verantwortung auf, die nicht zuletzt in seiner Wehrstruktur zum Ausdruck kommt. ■

“Gut,
dass es sie
gibt!”



Schweizer Berghilfe

Verlangen Sie unseren Einzahlungsschein
Telefon 01/710 88 33

